

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
Freitag, 10. Juni
2022



Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali

Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaften
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, des Siedlungsbaus, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechtswidrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten

Freitag, 13. Mai 2022, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Verschärfte Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung im Kernland Israel durch Anpassung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, um eine jüdische Mehrheit im Land zu sichern

Lesen Sie darüber mehr auf der Rückseite...

>>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997 vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern, **jeden 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr** für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Hinweise:

Kirchgemeindehaus Bolligen, Kirchstrasse 12, Bolligen

Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr:

Vielschichtige Konfliktlinien – ein paar Klärungsversuche

Pfr. Christoph Jungen, häufiger Nahostreisender und Mitglied verschiedener Gesprächskommissionen.

Dienstag, 31. Mai, 20 Uhr:

Erfahrungen aus einem langen Leben im "Halbkrieg"

Frau Dr. Sumaya Farhat-Naser, Friedensaktivistin, eremitierte Dozentin Universität Bir Zeit bei Ramallah, palästinensische Christin



Regelmässige Hinweise/Links:

Berner Mahnwache: www.nahostinfo-bern.ch

Netzwerk: www.swiss-palestine-network.ch



Die Bevölkerung Israels:

Anfangs Mai 2022, am 74igsten Unabhängigkeitstag:

9.5 Mio. davon

74 % Juden (inkl. Bewohner der Siedlungen), ca. 7 Mio

21 % Araber (ohne Westbank und Gaza, aber mit Ostjerusalem und Golan Höhen), ca. 2 Mio

5 % Andere (nicht arabische Christen, Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion u.a.)

Pro Jahr werden ca. 1000 Anträge auf Familienzusammenführung gestellt.

(Zahlen Haaretz, Mai 2022)

Bevölkerung Westbank: Palästinenser 2.9 Mio

Jüdische Siedler: 430'000 plus ca. 230'000 in Ostjerusalem

Bevölkerung Gaza: 2.0 Mio.

Auf dem gesamten von Israel kontrollierten Gebiet leben also praktisch gleich viele Araber wie Juden!

Zur Erinnerung: Im Krieg von 1947/48 wurden ca. 750'000 palästinensische Menschen vertrieben (Nakba), > 15'000 + Nakba-Tag: 14. Mai 2022



Das israelische Bürgerrechtsgesetz und die Familienzusammenführung – noch mehr Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung

Nach dem 6-Tage Krieg 1967 liessen sich Tausende von Palästinensern aus Gaza und der Westbank im Rahmen des Familiennachzugs auf israelischem Staatsgebiet nieder. Sie wurden behandelt wie Ehepartner von Israelis aus anderen Staaten. Als die 2.Intifada im Herbst 2000 ausbrach, änderte sich das. Niederlassung oder Staatsbürgerschaft zu erlangen, war ab 2003 (Citizenship and Entry Law) nicht mehr möglich. 2007 wurden auch Bürger aus Iran, Irak, Syrien und Libanon, sog. feindlichen Staaten, ausgeschlossen. Begründet wurde die jährlich erneuerte Regelung mit Sicherheitsbedenken. Mindestens ein Terroranschlag war durch eine Person, die durch Heirat nach Israel gekommen war, verübt worden. Ab 2005 wurden zeitlich befristete Aufenthaltsbewilligungen für Frauen über 25 Jahren und Männer über 35 Jahren ausgestellt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte zwar das Recht auf ein familiäres Zusammenleben, entschied aber, dass dieses Leben nicht in Israel stattfinden müsse, und damit die bestehende Regelung also verfassungskonform sei.

Im Sommer 2021 wurde die jährlich bestätigte Regelung nicht mehr erneuert und der Entscheid, wie weiter, wurde für die neue Regierung zu einer ZerreiSSprobe. - Die Opposition (auch die arabischen Kräfte) verzichtete am Ende darauf, den Fall der Regierung zu riskieren, und so wurde das neue Gesetz verabschiedet, das Palästinensern aus der Westbank und Gaza, die israelische Staatsbürger heiraten, faktisch das Recht auf Aufenthalt in Israel und die Möglichkeit die israelische Staatsbürgerschaft zu erlangen, verunmöglicht. Mittlerweile wird offen geäussert, dass auf diese Weise die jüdische Mehrheit in Israel erhalten werden soll. – Wieder ein paralleles Rechtssystem innerhalb des Staates.

Innenministerin Ayelet Shaked sprach wiederholt und immer deutlicher davon, dass **Familienzusammenführungen** einem **schleichenden Rückkehrrecht** gleichkämen.

Den Entscheid der Knesset im März 2022 kommentierte sie folgendermassen: Es ist ein **Sieg des „jüdisch-demokratischen Staates“ über den Staat für alle seine Bürger! Ein weiterer Sieg der Diskriminierungspolitik!**

Quellen: Haaretz / Zahlen der linken Spalte: Wikipedia 2019

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn

Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejus.ch/oeme